

Materialien zum Roman: Jenny Erpenbeck, Heimsuchung

Zeit. Zeit bestimmt Geschichte, denn Geschichte ist u.a. als das Aufeinanderfolgen von Ereignissen in der Zeit erklärbar. Nur in einem zeitlichen Kontext werden Entwicklungen fassbar, Entwicklungen, die nicht nur den Menschen betreffen - wenn etwa die Erdgeschichte oder die Geschichte des Universums betrachtet werden. Damit bildet die Grundlage jeglicher Zeit und menschlicher Zeitrechnung die physikalische Zeit. Entstanden in der "universellen" Singularität des Urknalls, entstanden "aus" der Planckzeit und der vielleicht zeitlosen "Ewigkeit" des Raums "vor" dem Urknall durch einen relativistisch-quantenmechanischen Tunneleffekt, bildete sich mit dem Urknall die heute, seit 13,7 Milliarden Jahren existierende Raumzeit der allgemeinen und speziellen Relativitätstheorie, bildeten sich Galaxien, Sonnen, Planeten und Monde und damit ein (in Teilen?) anthropisches Universum. Das (schwache) anthropische Prinzip besagt dabei, dass die physikalischen Voraussetzungen des Universums so gegeben sind, dass "menschliche" Beobachter existieren können. Dem Prinzip entspricht es, dass die Menschen in der Lage sind, das Universum in einem "menschlichen" Sinne zu "verstehen", besser: zu interpretieren.

Dass dieses Interpretieren nicht nur auf die moderne Zeit beschränkt ist, wird daran erkennbar, dass schon Menschen in vorgeschichtlichen Zeiten, den Lauf von Sonne, Mond und Planeten beobachtet haben. Die Kalenderrechnung ist damit Ausfluss dieses Erkenntnisprozesses und verbindet religiös-philosophisch-wissenschaftliche Denkweisen vom "Himmel" mit den auch praktischen Gegebenheiten einer zeitlichen Ordnung auf "Erden". Zeitrechnung ist eine sich den astronomischen Grundgegebenheiten des Laufes der Gestirne annähernde, in verschiedenen geschichtlichen Kulturen verschieden ausgestaltete Zeit- und Kalenderordnung. Teilweise zu unterscheiden ist in Bezug auf die europäisch-deutsche Geschichte daher ein vormodernes von einem modernen Zeitbewusstsein des Menschen.

Für die Zeitrechnung in der europäischen mittelalterlich-frühneuzeitlich-modernen Geschichte hauptsächlich des christlichen Abendlandes bedeutet das: Das Zeitverständnis des Menschen ist die soziale Zeit (im Gegensatz zur physikalischen). Von daher lässt sich Begrifflichkeit von Zeit mit wirtschaftlichen und sozialen Kategorien verbinden ("Soziozeitlichkeit"). Die soziale Zeit ist dann innerhalb einer Gesellschaft einerseits durch bäuerliche, andererseits durch kirchliche oder wissenschaftliche Zeitvorstellungen bestimmt, wobei sich diese Zeitvorstellungen gegenseitig durchdringen und beeinflussen. Die "bäuerliche Zeit" ist dabei die "naturgegebene" Zeit des Wechsels der Jahreszeiten und die Zeit der zwölf Monate, besonders im germanisch-"barbarischen" Zeitalter des beginnenden Mittelalters. Sie ist eine zyklische Zeit, die sich jährlich gemäß den Jahreszeiten wiederholt, und nicht von ungefähr kommt das Wort "Jahr" vom germanischen *ár*, was soviel wie "Ernte" und "Ertrag" bedeutet; auch die "Gezeiten" des Meeres und des Wetters (*tid*) betonen das Wiederkehrende dieser

zyklischen Zeit. Die bäuerliche Zeit ist weniger durch ihre Dauer und durch Zeitabschnitte charakterisiert, sie ist vielmehr mit Handlung und Inhalt angefüllt, wird also anthropomorph empfunden. Das stellt die "bäuerliche Zeit" in engen Zusammenhang mit Mythen, Ritualen, Feiern und Festen; Zeit wird unmittelbar erlebt. Die "kirchliche Zeit" ist entstanden im Übergang vom Heiden- zum Christentum. Sie ist die Zeit des christlichen Kalenders, der sich jährlich wiederholenden Heilsgeschichte mit den Festen des Weihnachts- und des Osterkreises sowie den Heiligentagen als Bezugspunkten. Die kirchliche Zeit ist indes nur partiell zyklisch; sie verläuft auch "linear", "vektorartig" von der Erschaffung der Welt bis zum Jüngsten Gericht, ist mithin - so die Vorstellung im Christentum - in die Ewigkeit Gottes eingebettet. Sie gliedert den Tag nach den kanonischen Horen, das Jahr in Abschnitte der immerwährenden Heilsgeschichte. Dabei wurden in den kirchlichen Kalender die Termine der bäuerlichen Zeit integriert, Himmel und Erde auf solche Weise miteinander verbunden. Schon früh war der kirchlich geprägte mittelalterliche Kalender daher mehr als nur praktische Zeitrechnung, war ein wesentlicher Bestandteil der christlichen Religion, die auch darüber Einfluss auf die vor-moderne Welt nahm. Die Erfindung der mechanischen Uhr, die Entstehung einer von den jahreszeitlich bedingten Naturabläufen unabhängigen, städtischen, "kaufmännisch-laikalen Zeit" führte damals zu einer (nochmals) gesteigerten Rationalität und Berechenbarkeit von Zeit in einer zunehmend abstrakt gewordenen Zeiterfahrung ab dem späten Mittelalter. Dies hing mit der Ausbreitung der "rechnerischen Mentalität" und letztendlich mit der Vernunft in Wissenschaft und Theologie zusammen. Ihren Ausdruck fand die *ratio* insbesondere in der mittelalterlichen Mathematik: Die Arithmetik für das Rechnen mit den Zahlen und die für die Chronologie zuständige Astronomie waren zwei Teile des Quadriviums ("Vierweg"), der vier mathematischen Disziplinen innerhalb des Systems der *septem artes liberales* ("sieben freien Künste"), das als griechisch-römische Grundlage für die mittelalterliche Wissenschaft und Scholastik so bedeutsam gewesen war. Zeitrechnung (Komputistik [*putare* = glauben, *computare* = rechnen]) gehört also zur "Vernunftwelt" des Mittelalters. Der praktisch-religiösen Bedeutung der Zeitrechnung im Mittelalter entsprachen die enge Verwandtschaft und ein fließender Übergang zwischen Kalendarien und Nekrologien. Zeitrechnung war damit auch Teil des mittelalterlichen Zeitbewusstseins, war mithin ein mentalitäts- und kulturgeschichtliches Phänomen, wie nicht zuletzt der enge Zusammenhang zwischen Zeitbewusstsein und kirchlicher Liturgie beweist. Es bleibt noch zu erwähnen, dass sich die Kalenderrechnung in der (kirchlichen) Festkultur niederschlug. Die festlich begangenen "Hochzeiten" bildeten dabei den unabdingbaren Gegenpol zum Alltag der Bevölkerung.

Vom philosophischen Standpunkt aus gesehen, stellt sich die Zeit in der industrialisierten Moderne (19.-21. Jahrhundert) vielfältig dar: als Zeit der Langeweile und des Anfangens (offene, geschlossene Zeit), als Zeit der Sorge (Leben und Tod), vergesellschaftete Zeit (Zeitdisziplin, Gleichzeitigkeit, Kommunikation), bewirtschaftete Zeit (Knappheit von Zeit, Zeitpläne), Lebens- und Weltzeit (Zeitspannen und Zeiterfahrung, Wirklichkeit und Vorstellung, ideologische Zeitvorstellungen [materialistisch, christlich, fortschrittlich, evolutionär]), als physikalische Zeit (Anfang und Ende von Zeit, Relativitätstheorie und Gleichzeitigkeit), Eigenzeit (des Individuums und des menschlichen Körpers), als Zeit und Spiel (Mythos, Literatur, Kunst, Fotografie, Musik -> Plötzlichkeit, "ewiger Augenblick", Erinnerung), als erfüllte Zeit und Ewigkeit (Mystik, Unsterblichkeit, Seele des Menschen, christliche Auferstehung).

BUHLMANN, MICHAEL (2005), Zeitrechnung des Mittelalters. Einführung, Tabellen, CD-ROM *InternetKalenderrechnung* (auf Grund St. Georgener Geschichtsquellen) (= Vertex Alemanniae, H.18), St. Georgen 2005; GURJEWITSCH, AARON J. (1997), Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, München ⁴1989; SAFRANSKI, RÜDIGER

Geschichte. Geschichte ist Navigieren in Raum und Zeit, ist die Beschäftigung bzw. Wissenschaft mit in Raum und Zeit zu verortenden Ereignissen, gerade soweit Menschen an ihnen beteiligt sind. Geschichte lebt von den (Geschichts-) Quellen, aus denen Geschichte rekonstruiert werden kann. Quellen sind alle Zeugnisse (Überlieferungen), die uns über historische Vorgänge unterrichten. Die historische Forschung analysiert und interpretiert Quellenbefunde, wobei sie es - wenn wir die schriftlichen, d.h. die historischen Quellen im engen Sinn betrachten - mit einer "doppelten Subjektivität" zu tun hat. Zum einen handelt es sich um die Subjektivität der Quellen, die unter bestimmten Voraussetzungen, Anliegen und Intentionen verfasst wurden. Zum anderen ist die Subjektivität der Quelleninterpretation, d.h. unsere eigene Subjektivität in Rechnung zu stellen. Geschichte unterliegt also durch ihre verschiedenen Deutungen der Vergangenheit einem dauernden Wandel. Diese "historische Unschärfe" bedingt vielfach, dass Geschichte alles andere ist als das, wie es gewesen war. Nur Annäherungen an eine - unsere - Vergangenheit sind möglich. Und diese Annäherungen sind so gut oder so schlecht, wie die auf uns gekommenen Quellen und deren Interpretation es zulassen. Der "historischen Unschärfe" entspricht Geschichte als (menschliche) Erinnerung. Geschichtswissenschaft ist "institutionalisiertes" Erinnern; sie ist auch die Wissenschaft vom Umgang mit der Erinnerung - in der Vergangenheit (durch Analyse von Geschichtsquellen) und in der Gegenwart (durch die Selbstreflexion des Historikers). Geschichtsquellen und -interpretation machen das "Geschichtsbild" (Geschichtsbewusstsein) des Historikers aus; dieses bedingt die systematische Einordnung und Bewertung des Gewesenen.

Geschichte wird traditionell eingeteilt in Epochen, in Zeiträumen von Jahrhunderten bis Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte Vorgeschichte, Antike, Mittelalter, frühe Neuzeit, Moderne. Der hier aufgeführten zeitlichen Dimension von Geschichte entspricht eine räumliche. Weltgeschichte ist universale Menschheitsgeschichte, europäische Geschichte die des (christlichen) Europa, deutsche Geschichte bezieht sich auf die Geografie und Staatlichkeit Deutschlands, Regionalgeschichte auf (historisch "gewachsene") Landschaften, Ortsgeschichte beschäftigt sich mit der Geschichte eines Klosters, einer Stadt oder eines Ortes. Regional- und Ortsgeschichte ist dabei immer eingebettet in größere Zusammenhänge, wie sie die europäische und Universalgeschichte bereitstellt. Die Heimatgeschichte mag dabei der Regional- und Ortsgeschichte zugeordnet werden.

<http://www.michael-buhlmann.de/Geschichte/index.htm>.

Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. A) 1918/19-1933, *Weimarer Republik*: Die deutsche Revolution von 1918/19 am Ende des Ersten Weltkriegs (1914-1918) beseitigte das deutsche Kaiserreich. Arbeiter- und Soldatenräte bestimmten zeitweise die deutsche Innenpolitik, bevor die maßgebliche Einwirkung von Mehrheits-SPD [MSPD] und deren Vorsitzenden Friedrich Ebert (Reichskanzler der Übergangsregierung ["Rat der Volksbeauftragten"], 9. November 1918) die Revolution in ruhigere Bahnen lenken sollte; der Waffenstillstand Deutschlands mit den alliierten Mächten der Entente beendete den Ersten Weltkrieg (11. November). Die Demobilisierung des Reichsheeres, ein Zusammengehen von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die Einbeziehung des deutschen Militärs in das neue politische System bildeten die Voraussetzungen zur erfolgreich durchgeführten Wahl zur Nationalversammlung (19. Januar 1919), in der MSPD und Unabhängige SPD [USPD] rund 45 Prozent der Abgeordneten stellten, während sich linksradikale Kräfte (u.a. der USPD) zum Sparta-

cusbund bzw. zur kommunistischen Bewegung in Deutschland entwickelten (1918/19; Kommunistische Partei Deutschlands [KPD] mit Teilen der USPD [Oktober 1920]; Vereinigung von Rest-USPD mit der MSPD [1922]). Neben der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten (1919-1925) und der Philipp Scheidemanns (SPD) zum Regierungschef (1919) verabschiedete die in Weimar tagende Nationalversammlung die Verfassung der sog. Weimarer Republik, in der das gewählte Parlament (Reichstag) und der ebenfalls zu wählende Reichspräsident zentrale Rollen spielten (Männer- und Frauenwahlrecht, Nationalfarben "Schwarz-Rot-Gold") bei (aus dem deutschen Kaiserreich beibehaltenen) föderalen Strukturen der Reichsländer (Preußen, Oldenburg, Bremen, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Lippe, Schaumburg-Lippe, Braunschweig, Anhalt, [Waldeck], Hessen, Thüringen, Sachsen, Pfalz, Baden, Württemberg, Bayern; Reichsrat als Länderkammer). Die junge Republik war jedoch von Anfang gefährdet, wie der "Spartakus-Aufstand" der radikalen Linken (Januar 1919 [Niederschlagung der Bewegung u.a. durch "Freikorps"; Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs]; März 1919 [Niederschlagung der Streiks durch Reichswehrtruppen]) oder die bayerische "Räterepublik" (April 1919 [Niederschlagung durch Reichswehrtruppen]). Der von alliierten Mächten beschlossene Versailler Friedensvertrag (Friedensbedingungen vom 7. Mai 1919, Inkrafttreten am 1. Januar 1920) machte das politische Umfeld für die Weimarer Republik nicht einfacher (Gebietsabtretungen des deutschen Reiches, entmilitarisierte Zonen, Beschränkungen bei der Reichswehr, Reparationszahlungen), zumal besonders die recht-national-nationalistischen politischen Kräfte in Deutschland gegen den "Diktatfrieden" Sturm liefen (Bestreiten der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, "Dolchstoßlegende"). Der Kapp-Putsch der alten Rechten gegen die Republik brach indes in sich zusammen, während die auf den Putsch geschlossen reagierende Arbeiterschaft (Streiks, "Rote Ruhrarmee"), die sich im Ruhrgebiet weigerte, ihren Widerstand aufzugeben, dort durch Reichswehr und Freikorps brutal in die Schranken gewiesen wurden (März 1920; Märzkämpfe). In Bayern setzte sich mit Unterstützung der Reichswehr eine rechtskonservative Regierung durch, in Preußen ging die Sozialdemokratie eine Regierung u.a. mit dem Zentrum unter Ministerpräsident Otto Braun (1920-1932) ein. Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 erbrachten fast folgerichtig eine Radikalisierung des Reichstags (Stimmengewinne für rechtsradikale und linksradikale Parteien, Stimmenverluste bei den Parteien der Mitte der "Weimarer Koalition"). Innen- und außenpolitisch lag in den Jahren ab 1920 der Fokus auf der "Erfüllungspolitik" der Reparationszahlungen (Reichskanzler Joseph Wirth [1921-1922], Außenminister Walther Rathenau [ermordet am 24. Juni 1922]), die wirtschaftlich mit einer fortgesetzten Inflationspolitik (Entschuldung des Staates, Entwertung der Sparvermögen) bei guter Beschäftigungslage und industriellen Konzentrationsprozessen erkaufte wurde (Inflationen: 1913: 1; Februar 1920: 8; Januar 1922: 20; Januar 1923: 1120; Juli 1923: 376512; Dezember 1923: ca. 1.200.000.000). Der Hyperinflation des Jahres 1923 mit ihren Inflationsmentalitäten von Verlierern und Gewinnern auf dem Wirtschaftssektor entsprach eine "politische Fundamentalkrise" der Weimarer Republik, die dennoch - trotz französisch-belgischer Besetzung des Ruhrgebiets (Januar 1923-April 1924; passiver Widerstand und "Ruhrkampf") und Hitler-Ludendorff-Putsch in München (November 1923) - nach Überwindung der Krise u.a. durch Einführung der Rentenmark (November 1923) und eine versachlichte Einigung im Bereich der Reparationszahlungen (Dawes-Plan 1924, Young-Plan 1930) die Republik sogar stärkte (Reichskanzler Gustav Stresemann [1923], Wilhelm Marx [1923-1925], Hans Luther [1925-1926]). Die Verständigungspolitik des langjährigen Außenministers Gustav Stresemann (1921-1929) mit Frankreich war der Hebel für die au-

Benpolitischen Erfolge Deutschlands (Locarnovertrag 1925, Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926, deutsch-französische Handelsvereinbarung 1927, Ende der alliierten Militärkontrolle 1927, Briand-Kellog-Pakt 1928, alliierte Räumung des Rheinlands [amerikanische, englische, französische, belgische Besatzungszonen] 1929/30); die Revisionspolitik gegenüber Polen verfolgte hingegen als langfristiges Ziel die Zurückgewinnung der im Versailler Vertrag abgetretenen Gebiete (Oberschlesien, Verbindung nach Ostpreußen). Innenpolitisch schlug sich die instabile Lage im Parteiensystem, bei der die Republik tragenden Parteien (Sozialdemokraten: SPD; bürgerliche Parteien: Zentrum, DDP, DVP, rechte Parteien: DNVP, DVP) aber immer noch eine Reichstagsmehrheit hatten, noch wenig auf die relative Stabilität der Republik und auf die Wirtschaft "zwischen den Krisen" nieder (Erholung der Wirtschaft und Exporte [Rüstungsindustrie], Dauerkrise der Landwirtschaft, Großkonzerne [AEG, IG Farben, Siemens, Kartelle]; Gesellschaftsstruktur [Klassen, Mann und Frau, Junge und Alte] und Sozialpolitik [Sozialleistungen, Mitbestimmung, Arbeitslosenversicherung 1927]; Tarifaueinandersetzungen 1927/28). Die Kultur der "Goldenen Zwanziger" war die Kultur der Großstadt (Berlin als drittgrößte Stadt der Erde; "Amerikanisierung" und Modernisierung [Kultur der Moderne und Kritik daran]; Radio, Kino als Massenkultur; Sport [Fußball u.a.] als Massenphänomen; Zeitungen, Literatur und Kunst). Eine Umkehr in der politischen Entwicklung der Weimarer Republik deutete sich mit der Wahl des Weltkriegsgenerals Paul von Hindenburg an (1925). Die Reichstagswahlen von 1928 standen am Beginn der Krise des Parlamentarismus, eine Regierungsbildung war schwierig, schließlich ergab eine SPD geführte Regierung unter dem Reichskanzler Hermann Müller (1928-1930), die aber auf Ressentiments auf Seiten der Großindustrie und des Reichspräsidenten stieß. Mit der Weltwirtschaftskrise von 1928/32 (massiver Rückgang der Industrieproduktion und des Volkseinkommens) änderten sich die politischen Verhältnisse in Deutschland gravierend. Die Arbeitslosenzahlen stiegen massiv (1929: 1,9 Millionen; 1930: 3,7 Millionen; 1931: 5,1 Millionen; 1932: 5,3 Millionen, 1933: 6 Millionen), die zunehmend größer werdenden wirtschaftlichen Probleme stärkten besonders die radikale Linke und die nunmehr stark bolschewistisch-stalinistisch orientierte KPD; auf der radikalen Rechten profitierten das "nationale Lager" und insbesondere die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) mit ihrem Parteivorsitzenden Adolf Hitler politisch von der Weltwirtschaftskrise. Zunächst zerbrach aber die SPD-geführte Regierung unter Hermann Müller (März 1930); der Zentrums Politiker Heinrich Brüning bildete daraufhin mit Rückendeckung des Reichspräsidenten Hindenburg und dessen nun einsetzender Politik der Notverordnungen eine Regierung ohne parlamentarische Mehrheit (1930-1932). Die Reichstagswahl von 1930 brachte der NSDAP deutliche Stimmengewinne, die Mehrheit im preußischen Landtag ging der "Preußen-Koalition" unter Otto Braun verloren (April 1932). Kurz zuvor war in der Wahl zum Reichspräsidenten Hindenburg gegen Hitler erfolgreich (März-April 1932) gewesen. Das Kabinett Brüning wurde gestürzt, als die Reparationsverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten in Locarno zu einem für die Weimarer Republik günstigen Abschluss kamen (Juni 1932; faktische Aufhebung der Reparationen bis auf einen geringen Rest). Auch der neue Reichskanzler Franz von Papen (1932) regierte auf der Grundlage von Notverordnungen (Art. 48 der Weimarer Verfassung). Im Sinne des Umbaus der Weimarer Republik zu einem rechten autoritären Präsidialsystem (Diktatur; "Reichsreform") gelang es Papen, die demokratische Regierung im Freistaat Preußen staatsstreichartig zu stürzen (Juli 1932); Sozialleistungen wurden gekürzt, die NSDAP mit der Ausschreibung von Neuwahlen zum Reichstag (31. Juli 1932) zur Duldung der Papen-Regierung veranlasst. Die Wahlen erbrachten für die radikalen Lin-

ken (KPD) und Rechten (NSDAP) eine rechnerische Mehrheit, politisch fand sich keine mehrheitsfähige Koalition zusammen. Als nunmehr stärkste Partei duldete die NSDAP auch nicht mehr die von Reichskanzler Papen geführte Regierung; erneute Reichstagswahlen (6. November 1932) brachten dem konservativen Papen wieder keine Mehrheit gegen SPD und NSDAP. Es folgte das Kabinett des Reichskanzlers Kurt von Schleicher (1932/33), eine politische Spaltung der NSDAP misslang, es deutete sich eine Überwindung der Weltwirtschaftskrise an. Unter diesen Gegebenheiten meinten die republikfeindlichen Kräfte, das Risiko einer Kanzlerschaft Adolf Hitlers eingehen zu können. Mit der "Machtergreifung" Hitlers (30. Januar 1933) wurde aus der Weimarer Republik die nationalsozialistische Diktatur des "Dritten Reiches".

B) 1933-1945, *"Drittes Reich" und Zweiter Weltkrieg (1939-1945)*: I. Adolf Hitler (*1889-†1945) stand als "Führer" seiner Partei an der Spitze einer "faschistischen Massenbewegung", deren paramilitärische Organisationen SA und SS die politischen Gegner bekämpfte und verfolgte (Reichstagswahlen von 1933). Das "Ermächtigungsgesetz", die (Selbst-) Auflösung der politischen Parteien, die Zerschlagung der Gewerkschaften, das Ende nichtnationalsozialistischer Regierungen in den deutschen Ländern und Kommunen, die "Gleichschaltung" der christlichen Kirchen (Kirchenkampf, Kulturpolitik), von gesellschaftlichen Verbänden und kulturellen Organisationen sowie der Presse (1933 und später) bei genereller Ausweitung politischen Drucks (politische Polizei, Konzentrationslager, Antisemitismus) führten zur nationalsozialistischen Diktatur unter dem "Führer" (Diktator) Adolf Hitler bei "Volksgemeinschaft" und "nationaler Einheit". Hitler bestimmte maßgeblich die Politik des "Dritten Reiches" ("Führerprinzip", "charismatische Herrschaft" [Hitlerkult] und Reichsverwaltung ["Polykratie"]). Hitlers Macht gründete auf den Männern und Frauen, die ihn gewählt hatten, auf den ihm gegenüber loyalen Führungskräften in Wirtschaft und Gesellschaft, auf die Unterstützung durch die Reichswehr, auf der "Bewegung" von NSDAP und SA. Die Ermordung Ernst Röhm, des Führers der SA (1934), beseitigte die Konkurrenz innerhalb der eigenen Partei, nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg (August 1934) vereinigte Hitler das Amt des Reichskanzlers mit dem des Reichspräsidenten ("Führer und Reichskanzler"). Politisch und ideologisch war somit das "Dritte Reich" entstanden, das nun u.a. seine menschenverachtende Ideologie umsetzte (Nürnberger Gesetze [1935], Enteignung von Juden, "Aussonderung von Gemeinschaftsfremden"), im Bereich der Wirtschaft auf eine massive militärische Aufrüstung (zur Kriegsvorbereitung) und einen damit verbundenen Kurswechsel setzte sowie im gesellschaftlichen Bereich zunehmend (propagandistisch) die Arbeiterschaft mit einbezog, Frauen auf ihre "natürliche Rolle" als Mutter verwies usw. (DAF [Deutsche Arbeitsfront], NS-Frauenschaft, HJ [Hitlerjugend], NSDAP und staatliche Verwaltung). Die von den Nationalsozialisten betriebene Politik der Aufrüstung fand nach einer Phase der "Beschwichtigungspolitik" Hitlers gegenüber West und Ost ihre Entsprechung in einer "expansiven" Außenpolitik des "Dritten Reiches", wozu die Nichtteilnahme an Genfer Abrüstungsverhandlungen, die Eingliederung des Saargebiets ins deutsche Reich, der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, ein deutsch-britisches Flottenabkommen (1935) sowie der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland (1936) gehörten. Die olympischen Spiele in Berlin und der militärische "Vierjahresplan" Hitlers zur Kriegsfähigkeit Deutschlands (1936) sahen den Diktator auf den bisherigen Höhepunkt seiner Macht. Es folgten außenpolitisch das nationalsozialistische Eingreifen im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), der Einmarsch in Österreich ("Anschluss Österreichs" 1938), die "Sudetenkrise" und das Münchner Abkommen (29. September 1938) und die Besetzung

der "Resttschechei" ("Protektorat Böhmen und Mähren" 1939) bei von Deutschland abhängiger Slowakei. Innenpolitisch ging das Aufrüsten weiter, es folgten Novemberpogrome und "Reichskristallnacht" gegen die Juden im nationalsozialistischen Machtbereich (9. November 1938) sowie eine von Hitler befürwortete Politik der "Euthanasie" gegenüber Kranken, Behinderten und Kindern (1939). Im Jahr 1939 steuerte schließlich das Regime auf den von Hitler ideologisch untermauerten Krieg zur Gewinnung von "Lebensraum" und "nationaler Größe" zu. Seit Anfang 1938 hatte zudem Hitler das "Oberkommando der Wehrmacht" inne (Blomberg-Fritsch-Krise [Hitler und Wehrmacht, Neubesetzungen]). II. Der nationalsozialistische Krieg Deutschlands als Zweiter Weltkrieg (1939-1945) begann nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts (24. August 1939) mit dem Angriff auf Polen (1. September 1939), das innerhalb von knapp vier Wochen besetzt wurde ("Blitzkrieg", "Generalgouvernement"; Besetzung Ostpolens und der baltischen Staaten durch die Sowjetunion; sowjetisch-finnischer "Winterkrieg" 1939/40). Die Besetzung Dänemarks und Norwegens (9. April 1940) schloss Großbritannien und Frankreich, die Deutschland nach dem Überfall auf Polen den Krieg erklärt hatten, von Nordeuropa aus. Der deutsche Angriffskrieg auf die Beneluxstaaten und Frankreich ab dem 10. Mai 1940 führte bis Mai bzw. Juni zur Besetzung dieser Länder und zum Waffenstillstand mit Frankreich (22. Juni 1940), das als Vichy-Regime Marschall Pétains ein von Deutschland abhängiger Satellitenstaat wurde (1940/42). Das Eintreten des faschistischen Italien in den Krieg an der Seite Deutschlands und der Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan (27. September 1940; Krieg in Ostasien und im Pazifik) ließ das Bündnis der Achsenmächte entstehen. Nach der verlorenen "Luftschlacht um England" (1940/41) erfolgte das Eingreifen Deutschlands im italienischen Parallelkrieg in Afrika (1940/41; italienisches Kolonialreich in Libyen und Nordostafrika) und die Eroberung Jugoslawiens und Griechenlands (April 1941). Der rassenideologisch stark motivierte Angriffskrieg gegen die kommunistische Sowjetunion ("Kommissarbefehl" Hitlers, "Vernichtung des Bolschewismus/Judentums") im Unternehmen "Barbarossa" und mit Unterstützung Bulgariens, Rumäniens und Ungarns ab dem 22. Juni 1941 brachte zunächst große Gebietsgewinne im Westen und Südwesten der Sowjetunion (Baltikum, "Bezirk Bialystok", Weißrussland, Ukraine, rückwärtiges Heeresgebiet, deutsches Besatzungspolitik, Kollaboration und Partisanentätigkeit). Parallel dazu liefen die von Hitler unterstützten Maßnahmen zur "Endlösung der Judenfrage" an (Wannseekonferenz 20. Januar 1942; "Ghettoisierung" der polnischen Juden, Vernichtungslager und Massenmord, Aushungerungspolitik im rückwärtigen Heeresgebiet). Der Kriegseintritt der USA (11. Dezember 1941) auf Seiten Großbritanniens und der alliierten Mächte sollte die militärische zu Ungunsten des "Dritten Reiches" ändern. Auch der nur als kurzer Feldzug geplante Krieg gegen die Sowjetunion weitete sich (zeitlich) aus; spätestens mit der Schlacht bei Stalingrad (1942/43) gerieten die deutschen Truppen in die Defensive. Der Krieg kehrte nach Deutschland zurück, zumal alliierte Bombenangriffe auf Deutschland (ab 1942) zunehmend Wirkung erzielten, die Wirtschaft vor dem Hintergrund eines "totalen Kriegs" schon längst eine Kriegswirtschaft geworden war (Versorgungslage und Rationierungen, soziale Lage u.a. der Arbeiter, Rolle der NSDAP und ihrer Funktionäre [Umstrukturierung der deutschen Justiz 1942, politischer Vorrang der Parteifunktionäre, u.a. der Gauleiter, gegenüber den Staatsorganen], Zwangsarbeit, Kriegsmüdigkeit und Entpolitisierung, gesellschaftliche Desintegration, Führermythos, Widerstand gegen den Nationalsozialismus). In Nordafrika mussten die zurückweichenden deutschen Truppen bei Tunis kapitulieren (Mai 1943), Italien wechselte zu den Alliierten über (Juli 1943; Besetzung Nord- und Mittelitaliens, Mussolinis Repubblica Sociale Italiana), dem Vorrücken der sowjetischen Ro-

ten Armee an der Ostfront (Besetzung Ungarns März 1944) sollten mit der alliierten Invasion in der Normandie (6. Juni 1944) militärische Niederlagen Deutschlands im Westen Europas folgen. Hitler, der in seinem ostpreußischen "Führerhauptquartier" Wolfsschanze das Attentat vom 20. Juli 1944 ohne wesentliche Beeinträchtigung überlebt hatte, kehrte Anfang 1945 nach Berlin zurück, um die Führung in der Verteidigung der Hauptstadt gegen die vorrückenden Sowjettruppen zu übernehmen ("Schlacht um Berlin" April 1945). Mit dem Scheitern der Ardennenoffensive (1944/45) befanden sich die deutschen Truppen auch im Westen endgültig auf dem Rückzug. Hitler trat am 20. März 1945 letztmalig öffentlich in Erscheinung, am 30. April beging er im "Führerbunker" der Alten Reichskanzlei Selbstmord. Am 8. Mai kapituliert die deutsche Wehrmacht bedingungslos. III. Die Abwendung der Deutschen von der Weimarer Republik ermöglichte den Aufstieg Adolf Hitlers und seiner nationalsozialistischen Partei. "Faschistische" Massenbewegung und "Führerprinzip" ermöglichten die deutsche Diktatur des "Dritten Reiches"; "Volksgemeinschaft" und eine ethnisch-rassische Hierarchisierung der Gesellschaft - unterlegt mit nationalistischer Ideologie und Propaganda, aber auch mit sozialpolitischen Maßnahmen bei einer "vollständigen Umorientierung von Wirtschaft und Finanzen" - sollten als Gegenpol zur modernen Industriegesellschaft dienen. Außenpolitisch verfolgte das nationalsozialistische Regime eine Revisionspolitik, die - "als tiefer Einschnitt" - in den Zweiten Weltkrieg mündete. Dieser ermöglichte die Errichtung einer nationalsozialistischen Gewalt- und Schreckensherrschaft über große Teile Europas, verbunden mit dem Massenmord an Behinderten, Juden und osteuropäischer Zivilbevölkerung, verbunden mit dem letztlich eintretenden Zusammenbruch des "Dritten Reiches". Zurück blieben über 50 Millionen Tote, riesige Zerstörungen und Verwüstungen, eine "militärische, politische und moralische Niederlage".

C) 1945-1949, *Nachkriegszeit*: I. Die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland (1945) brachte ab der "Stunde Null" für Mitteleuropa die militärische Besetzung durch alliierte Truppen der deutschen Kriegsgegner (amerikanische, britische, französische, sowjetische Besatzungszone) und eine Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme auch zeitlich jenseits des Zweiten Weltkriegs (1939-1945). Die Probleme betrafen u.a.: kriegsbedingte Zerstörungen von Gebäuden, Industrieanlagen und Städten; Hunger (Lebensmittelbewirtschaftung) und Elend (Wohnungsknappheit, Schwarzmarkt) derjenigen, die den Krieg überlebt hatten; Vertreibungen und Bevölkerungsverschiebungen (Deutsche, Zwangsarbeiter, Kollaborateure, ehemalige KZ-Insassen, jüdische Überlebende). Mit den Problemen verbunden war allerdings auch die Hoffnung auf eine Besserung der Lage, die einhergehen sollte mit einer entscheidenden Umgestaltung der deutschen Gesellschaft durch die Besatzungsmächte (Entnazifizierung [Verfolgung und Bestrafung von NS-Tätern, Kriegsverbrecherprozesse und Nürnberger Prozesse], Wirtschaftsreformen ["Dekartellisierung", Demontagepolitik], Demokratisierung und politischer Neuaufbau [Massenmedien, Parteiensystem, parlamentarische Demokratie, Sozialismus]). II. Politisch war die Nachkriegszeit geprägt von einem zunehmenden Gegensatz zwischen den Westalliierten England, Frankreich und USA auf der einen sowie der Sowjetunion auf der anderen Seite; die sich entwickelnde Teilung Europas in kapitalistischen Westen und kommunistischen Osten eröffnete bei deutscher Teilung die Gründung zweier deutscher Staaten, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Überwog bis zum Jahr 1946 noch die Zusammenarbeit zwischen allen Alliierten in den Besatzungszonen Deutschlands (Potsdamer Abkommen 1945, Pariser Reparationskonferenz 1946), so stand der politisch-wirtschaftliche Neuaufbau des besiegten Landes schon bald unter den divergierenden

Interessen von West und Ost: repräsentativ-parlamentarische Demokratie mit einem Parteiensystem (Lizensierung von CDU/CSU, FDP, SPD u.a.) und individuellen Freiheitsrechten sowie kapitalistische Wirtschaftsordnung in den Westzonen, kommunistische Gesellschaftsordnung (Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946) bei sich entwickelnder Planwirtschaft in der Ostzone. Die zunehmende (Ost-West-) Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. den politischen Ordnungssystemen und Gesellschaftsordnungen, die sich auf dem Gebiet der Besatzungszonen in Deutschland formierten, führte über die Gründung der britisch-amerikanischen Bizone als Wirtschaftszone (1947) und der amerikanischen Politik des *containment* (Eindämmung der sowjetischen Expansion; Rede Präsident Trumans vor dem amerikanischen Kongress 1947, "Marshallplan" [ERP] und "Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit" [OEEC] 1947) zu einer politischen Partnerschaft zwischen den Westmächten und den Westdeutschen in den Besatzungszonen (Londoner Sechsmächtekonferenz 1948). Diese beförderte wie Währungsreform (Sommer 1948) und Berlin-Blockade (Sommer 1948-Frühjahr 1949) den sog. Kalten Krieg und zementierte die sich anbahnende deutsche Teilung in West- und Ostdeutschland. Die Währungsreform (Einführung der Deutschen Mark) begründete dabei zusammen mit einer Preisfreigabe in den westdeutschen Besatzungszonen einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, schuf aber auch die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung eines deutschen Weststaats. Weichen dafür waren durch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung gestellt worden; der Parlamentarische Rat arbeitete das Grundgesetz als Verfassung für den Weststaat aus, der auf dem Prinzip des Föderalismus und der Grundlage der in den Besatzungszonen gegründeten deutschen (Bundes-) Länder (ab 1947) beruhte und eine repräsentative Demokratie mit (in seinen Befugnissen beschränktem) Präsidentenamt, Regierung, Parlament (ab 1949) und Verfassungsgericht (ab 1951) darstellte. Das am 8. Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz hob die Bundesrepublik Deutschland als "Kind des Kalten Krieges" aus der Taufe. Parallel dazu - mit geringer zeitlicher Verzögerung - entstand die Deutsche Demokratische Republik auf der Grundlage einer von einem Deutschen Volksrat ausgearbeiteten Verfassung, eines in Berlin zusammengetretenen Deutschen Volkskongresses (Mai 1949) und des Deutschen Volksrats bzw. der Provisorischen Volkskammer vom 7. Oktober 1949. Die Sowjetunion förderte die Bildung eines deutschen Oststaats nur bedingt, da die sowjetische Führung immer noch politisch auf einen neutralen deutschen Einheitsstaat setzte (1948/49-1955; Stalin-Noten 1952). Doch blieben deutsche Teilung und die Existenz zweier deutscher Staaten für die folgenden Jahrzehnte erhalten.

D) 1949-1990, *Deutsche Demokratische Republik*: I. Mit der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Verlauf des Jahres 1949 begann für Ostdeutschland ein "kommunistisches Projekt" und "sozialistisches Experiment" auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen und Vorgaben letztlich des sowjetischen Kommunismus ("Sowjetisierung"). Eine kommunistische DDR sollte die sowjetische Hegemonie über Osteuropa (hinter dem "Eisernen Vorhang") im Ost-West-Konflikt der Nachkriegszeit ("Kalter Krieg") stützen; gleichzeitig sollte damit die Ideologie des Kommunismus (Klassenkampf, Sozialismus, Proletariat) eine weitere Bestätigung finden. Die Umstellung der DDR-Wirtschaft auf eine zentral gesteuerte Planwirtschaft hatte jedoch mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen (sowjetische Demontagepolitik und Reparationszahlungen, Rohstoffmangel, Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit Westdeutschland, fehlender Zugriff auf das ostdeutsche Hinterland), während auf der Habenseite die in Mitteldeutschland beheimatete chemische, feinmechanische und Rüstungsindustrie stand. Ein erster Gesamtwirtschaftsplan wurde im Jahr

1950 für fünf Jahre beschlossen, bei zufriedenstellender Grundversorgung der in der DDR lebenden Menschen (Rationierung von Lebensmitteln und staatliche Handelsorganisation [HO]) hinkte indes die Versorgung mit höherwertigen Gütern hinterher und erzeugte zunehmend Unzufriedenheit. Dieses Missverhältnis bei der Versorgung resultierte u.a. aus unzureichender Planung und Industrieproduktion (veraltete Maschinenausstattung, niedrige Arbeitsleistung, Arbeitsnormen) bei unzureichender Mitsprache der Erwerbstätigen (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund [FDGB]) und Ausbau des Machtapparats der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED) ("Parteisäuberung" 1948, Parteifunktionäre, Kasernierte Volkspolizei, "Staatssicherheit" [Stasi]; Blockparteien), die unter ihrem Generalsekretär Walter Ulbricht (†1973; Parteivorstand, Politbüro) einen kommunistisch-sowjetischen Kurs für die DDR bestimmte. Dieser Kurs führte zur Verstaatlichung großer Teile der Industrie sowie (bei zunächst stockender) Kollektivierung der Landwirtschaft, zielte auf die Ausschaltung (vermeintlicher) Gegner des SED-Regimes und propagierte eine neue auf "Arbeiter und Bauern" bezogene Bildungs- und Kulturpolitik. Dabei hatten Ulbricht und die SED die sowjetische Außenpolitik zu beachten ("Stalin-Note" zur Wiedervereinigung Deutschlands 1952 und deren Ablehnung), aber ab Sommer 1952 wurden die Weichen für den "Aufbau des Sozialismus in der DDR" gestellt (Verwaltungsbezirke statt Länder, Einbeziehung von Handel und Gewerbe in den Sozialismus, Kollektivierung der Landwirtschaft, Streitkräfte und "Betriebskampfgruppen" u.a.). Der Tod des sowjetischen Diktators Stalin (1953) und die beginnenden Entstalinisierung in der UdSSR wirkte sich auch auf die DDR aus, wo der "Aufbau des Sozialismus" im Sinne eines "Neuen Kurses" allerdings nur wenig zurückgenommen wurde. Die allgemeine Unzufriedenheit und Normenerhöhungen in der Bauwirtschaft führten dann zu Streiks, Demonstrationen und dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der mit Hilfe der militärischen Präsenz sowjetischer Panzer schnell unterdrückt werden konnte. Die Spaltung zwischen SED und SED-Staat als "Minderheitendiktatur" auf der einen und der DDR-Bevölkerung als "Arbeiterklasse" auf der anderen Seite sowie das beiderseitige Misstrauen zwischen sozialistischer Staatspartei und Bevölkerung vertiefte sich dadurch noch mehr, wie z.B. eine massive Fluchtbewegung aus der DDR nach Westdeutschland - übrigens bei Schwächung der politischen Opposition in der DDR - zeigte (ab 1953). Der "Neue Kurs" führte in der Folge zu Verbesserungen im sozialen Bereich und zu Wirtschaftsreformen (Fünfjahresplan 1956/60, Modernisierung von Industrie und Handwerk, Zurückhaltung bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, Anti-"Dogmatismus", Freilassung politischer Gefangener, Unabhängigkeit wissenschaftlicher Diskussion u.a.), doch bedeutete die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch die UdSSR (1956) im Grunde das Ende der Periode des "Tauwetters" in den von der Sowjetunion politisch und militärisch dominierten Ostblock- und RGW-Staaten. Die DDR und ihr kommunistisches Regime profitierten in den endenden 1950er- und in den 1960er-Jahren von einem Wirtschaftswachstum (Siebenjahresplan 1959, "Neues Ökonomisches System" [1960er-Jahre]), so dass der "Aufbau des Sozialismus" nun wieder stärker verfolgt wurde (Kollektivierung der Landwirtschaft, Maßnahmen in der Bildungspolitik und Ausbau des Bildungssystems, sozialistische Wissenschaft und Technik, neue Technologien), was wiederum die Fluchtbewegung von DDR-Einwohnern nach dem Westen - über West-Berlin - beschleunigte und stärkte (Vier-Mächte-Berlin-Status vor dem Hintergrund souveräner deutscher Staaten [1958], Berlin-Rede des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy [1963]). Der Bau der Berliner Mauer ab der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 sollte die Fluchtbewegung unterbinden. II. In den 1960er-Jahren hatte die DDR zwar ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum bei Lohnsteigerungen und verbesser-

tem Lebensstandard für die Beschäftigten zu verzeichnen, doch blieben die Ergebnisse volkswirtschaftlichen Handelns hinter den Planungen und Erwartungen zurück, der Konsumgüterbereich weiterhin unterrepräsentiert. So vergrößerte sich der wirtschaftliche Abstand zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) noch, während die DDR innerhalb des Systems der RGW-Staaten - etwa in der chemischen Industrie oder beim Maschinenbau - eine wirtschaftliche Spitzenposition einnahm. Dabei wirkte die DDR-"Gesellschaft im Sozialismus" auch auf Kunst, Literatur und (Geistes-) Wissenschaften ein, wobei zaghafte Reformansätze ab der Mitte des 1960er-Jahre bald wieder verschwanden. Außenpolitisch konnte die DDR im Gefolge der Sowjetunion ("Prager Frühling" 1968) ihre Position in der Welt ebenfalls ausbauen; trotz eines Alleinvertretungsanspruchs der BRD ("Hallstein-Doktrin") fand sie zunehmend Anerkennung als Staat z.B. in den Ländern der Dritten Welt, während die BRD-Ostpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt (1969-1974) neue Möglichkeiten in der Politik der beiden deutschen Staaten ermöglichte (Grundlagenvertrag 1972). Zunächst kam es auf Grund einer massiven wirtschaftlichen Schieflage (Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern, Engpässe bei Strom und Energie, Wohnungsmangel u.a.) zum Ende der Ära Ulbricht (1971), den Erich Honecker als SED-Generalsekretär (und ab 1976 als Staatsratsvorsitzender) ablöste. Eine wirtschaftliche Umorientierung im Gefolge der Sowjetunion fand ab 1971 in allen Ostblockländern mit einer Stärkung z.B. des Konsumgüterbereichs statt. Für die DDR bedeutete dieser "Konsumsozialismus" (Erhöhung der Löhne und Renten, Neugestaltung der Arbeitszeiten und des Urlaubs, Wohnungsbauprogramm) eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards in den 1970er- und 1980er-Jahren, freilich um den Preis von Subventionierung und Staatsverschuldung bei trotzdem nicht wie gewünscht ansteigender Wirtschaftsproduktivität und der Verstaatlichung auch der letzten privaten Industrie- und Handwerksbetriebe. Der DDR-Außenhandel blieb dabei defizitär (Import von Lebensmitteln und Konsumgütern) und verursachte neue Staatsverschuldung; statt auf Erdöl setzte man bei der Energiegewinnung auf die in der DDR heimische Braunkohle (Braunkohle-Tagebau, Umweltverschmutzung, Umweltschäden), allerdings um den Preis hoher Investitionen. Spätestens Anfang der 1980er-Jahre war klar, dass Konsum und Lebensstandard in der DDR den wirklichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprachen; Investitionen in zukunftssträchtige Bereiche (z.B. Mikroelektronik) blieben unzureichend. Dem wirtschaftlichen Stillstand entsprach ein politischer, bei dem das SED-Diktator auf große politische Entwürfe verzichtete und im Gegenzug die Anpassung der DDR-Bevölkerung im politischen System (Betrieb, Wohnung, Erziehung und Bildung, Gesundheitswesen, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Vollbeschäftigung) einforderte (DDR als Überwachungsstaat [Ministerium für Staatssicherheit], Beschränkung der Kontakte zum westlichen Ausland, Reisebeschränkungen und "Ausreiser"). Westdeutsche Lebensweise und westdeutscher Lebensstandard hatten dabei für die DDR-Bewohner schon immer eine Vorbildfunktion, die das SED-Regime zu kanalisieren versuchte (DDR-Mangelwirtschaft: Devisen und Kaufkraftüberhang und dessen Abschöpfung, "Inter-Shops" und "Kommerzielle Koordinierung" [KoKo], westdeutsche D-Mark als inoffizielles Zahlungsmittel in der DDR; DDR-Kultur: Transformation der westdeutschen 1968er-Bewegung, politische Festivals, Weltjugendfestspiele 1973 ["Freie Deutsche Jugend" FDJ], "Gegenkulturen", "Kirche im Sozialismus", politische Opposition[sgruppen] in der DDR [Künstler, Kirche, Umweltaktivitäten; 1980er-Jahre]). Vor dem Hintergrund einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des SED-Staates war dieser ab 1983 mehr denn je auf westdeutsche Hilfe angewiesen (DDR-Repression gegen die eigene Bevölkerung gegen westdeutsche Devisen bei humanitären Gegenleistungen, Westkredite, Senkung der Westverschuldung), während

sich der politische Ost-West-Gegensatz wieder verstärkte (NATO-Doppelbeschluss). Die sich gegen Ende der 1980er-Jahre weiter verschlechternde DDR-Wirtschaftsleistung (fehlende Investitionen z.B. in die Infrastruktur, veraltete Industrie) hinterließ bei einer "organisierten Selbsttäuschung" innerhalb des planwirtschaftlichen Handelns der DDR eine durch und durch marode politische und wirtschaftliche Situation, bei der die SED-Führung die Zeichen der Zeit in der Folge der durch Michael Gorbatschow verursachten politischen Umwälzungen in der Sowjetunion nicht erkannte bzw. erkennen wollte (1986/89). So mündeten u.a. die Dissidentenbewegungen der 1980er-Jahre ein in die friedliche Revolution des Jahres 1989, an dessen Ende der Fall der Berliner Mauer und der Grenze zwischen BRD und DDR (9. November 1989) und die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten (Beitritt der DDR zur BRD, 3. Oktober 1990) standen. Die DDR war damit Geschichte, nicht aber die politischen und wirtschaftlichen Altlasten, die die Politik in der BRD in den folgenden Jahren beschäftigen sollten.

E) *1949-heute, Bundesrepublik Deutschland*: I. Nach dem Zweiten Weltkrieg (1939-1945), in der Nachkriegszeit (1945-1949) war das Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland in die drei Besatzungszonen der alliierten Siegermächte Vereinigte Staaten (Bayern, Hessen, nördliches Südwestdeutschland), Großbritannien (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und Frankreich (südliches Südwestdeutschland, Rheinland-Pfalz, Saargebiet) (West-Berlin und der Vier-Mächte-Status Berlins). Denazifizierung, Verwaltung und Demokratisierung, Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik (Zulassung von Parteien) waren in der "Zusammenbruchsgesellschaft" der Nachkriegsjahre je Besatzungszone unterschiedlich. Immerhin setzte sich bei den drei westlichen Siegermächten zunehmend die politische Erkenntnis durch, ein wirtschaftlich intaktes, demokratisches (West-) Deutschland als Gegengewicht zur sowjetischen Machtstellung in Mitteleuropa zu schaffen. Dem dienten eine territoriale Neuordnung auf der Grundlage neuer (Bundes-) Länder (1945/47), die Errichtung der amerikanisch-britischen Bizone (1. Januar 1947), eine Währungsreform (20. Juni 1948; Einführung der Deutschen Mark; ohne die Sowjetunion, Berlin-Blockade und Luftbrücke [1948/49]), der in Bonn zur Ausarbeitung eines (provisorischen) Grundgesetzes tagende Parlamentarische Rat (1. September 1948). Das durch den Rat erarbeitete Grundgesetz vom 8. Mai/23. Mai 1949 wurde die verfassungsmäßige Grundlage der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Hauptstadt Bonn und unter westalliiertem Kontrolle (Alliierte Hohe Kommission, Hohe Kommissare). II. Die Demokratie der westlich-kapitalistischen BRD war/ist eine Parteiendemokratie, als Parteien setzten sich in den 1950er-Jahren die CDU/CSU (Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union) und die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) als sich ausformende Volksparteien sowie die FDP (Freie Demokratische Partei) durch. Vermöge der Parteien wurden/werden in direkter, gleicher und freier Wahl (Verhältnismahlrecht) im Bund die Abgeordneten des Bundestages (1. Bundestagswahl 14. August 1949), in den zehn (zunächst ohne Saargebiet, ohne West-Berlin) Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein) die Länderparlamente gewählt (Legislative), die Abgeordneten von Bundestag und Länderparlamenten wählten/wählen die jeweiligen (Bundes-, Länder-) Regierungen unter dem (mit politischer Richtlinienkompetenz ausgestatteten) Bundeskanzler (Exekutive). Der föderalen Struktur der Bundesrepublik (Bund, Länder, Gemeinden) geschuldet ist die (etwaige) Beteiligung der Länder an den politischen Entscheidungen des Bundes über den Bundesrat (Vermittlungsausschuss). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (28. September 1951) steht für Jurisdiktion und Ver-

fassung einer rechtstaatlichen Bundesrepublik, die (nicht nur repräsentativen) Ämter von Bundes- und Bundestagspräsident stehen an der Spitze von Staat bzw. Bundestag, der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt; auf der Ebene des Bundes sind vierjährige Legislaturperioden die Regel, auf der Ebene der Länder vier- oder fünfjährige. III. Die BRD stellt auch eine "Kanzlerdemokratie" dar, beginnend mit der "Ära Adenauer", der Kanzlerschaft Konrad Adenauers (1949-1963, CDU), dem in Übereinstimmung und politischem Ausgleich mit den Besatzungsmächten (als "Oberregierung auf dem Petersberg") wichtige gesellschaftliche und außenpolitische Weichenstellungen gelang. Das Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard verband sich in den 1950er-Jahren mit dem (west-) deutschen "Wirtschaftswunder", das bei Integration der BRD in die Weltwirtschaft zu Vollbeschäftigung, Einkommenssteigerungen und Wohlstand führte, die Kriegsschäden massiv zu überwinden half und Grundlage des Sozialstaats BRD bei Anknüpfung an das Sozialsystem des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik wurde (Arbeitgeber und Gewerkschaften, Sozialversicherung, Lastenausgleichsgesetz 1952 [Flüchtlingsimmigration], Sozialstaatlichkeit). Außenpolitisch stand die von Adenauer verfolgte Westintegration/-bindung der BRD im Vordergrund (Montanunion 1952, Versuch der Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft [EVG] und "Stalin-Note" 1952, Deutschlandvertrag 1952/54, Nordatlantisches Verteidigungsbündnis [NATO] und Mitgliedschaft der BRD bei Aufhebung des Besatzungsstatuts 1955, Römische Verträge und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [EWG] 1957, deutsch-französischer [Elysée-] Vertrag 1963), immer unter Voraussetzung der besonderen Beziehungen der BRD zum zweiten deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Diese trübten sich mit der zunehmenden Westbindung der BRD aber ein (Flüchtlinge aus der DDR 1949/61, Berlin-Krise 1958, Mauerbau 1961). IV. Die 1960er-Jahre brachten politisch den Wechsel in der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer zu Ludwig Erhard (1963-1966, CDU), die Kanzlerschaft Kurt Georg Kiesingers (1966-1969, CDU; große Koalition) und schließlich die Willy Brandts (1969-1974, SPD). Die Kanzlerschaften zeigen indirekt den gesellschaftlichen Wandel an, den die BRD damals unterworfen war ("Gastarbeiter" als dritte Migrationswelle, Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Umbrüche in der Landwirtschaft, Wandel in der Arbeitswelt, Konsum und Freizeit, Pluralisierung der Lebensformen, Rückgang religiös-konfessioneller Prägungen, Sexualität und Familie) und der u.a. in einer neuen Sicht auf die "Vergangenheitsbewältigung" des Nationalsozialismus und in der studentischen Protestbewegung der "Außerparlamentarischen Opposition" (APO, 1968) kulminierte. Die unter Kiesinger regierende große Koalition aus CDU/CSU und SPD überwand dabei die wirtschaftliche Rezession, setzte Reformen und gegen heftige Widerstände auch die Notstandsgesetze (1968) durch, während eine geplante Wahlrechtsreform nicht zustande kam. Erstmals wurde mit Gustav Heinemann (1969-1974) ein SPD-Politiker Bundespräsident, nach den CDU-Bundespräsidenten Theodor Heuss (1949-1959) und Heinrich Lübke (1959-1969). V. Mit der Bundestagswahl vom 28. September 1969 setzte der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt auf eine Koalition mit der liberalen FDP. Das Jahrzehnt einer sozial-liberalen Bundesregierung unter den Kanzlern Brandt und Helmut Schmidt (1974-1982) begann und führte durch innenpolitische Reformen zu einer Ausweitung des Sozialstaats bei zunächst weiterem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung (Mitbestimmung, Rentenreform 1972). Doch schränkte sich der finanzpolitische Spielraum der SPD-FDP-Regierung bald ein, so dass gesellschaftspolitische Maßnahmen bald ausblieben. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik Brandts hingegen war erfolgreich (Moskauer Vertrag 1970, Warschauer Vertrag 1970, Knie-

fall Willy Brandts in Warschau 7. Dezember 1970) und führte zu einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten (Vier Mächte-Abkommen über Berlin 1971, deutsch-deutsche Vereinbarungen, Grundlagenvertrag 1972). Gerade die Ostpolitik war dann Anlass des von der Opposition initiierten konstruktiven Misstrauensvotums gegen Kanzler Brandt, das aber scheiterte; in den anschließenden Bundestagswahlen wurde die sozial-liberale Koalition in der Regierung bestätigt (1972). Die "Guillaume-Affäre" brachte den Rücktritt Brandts (1974), unter dessen Nachfolger Schmidt hatte die BRD, schon lange eine Großmacht in der Weltwirtschaft, mit einer u.a. aus Ölkrise (1973) und Zusammenbruch der Weltwährungsordnung (1971/73) resultierenden Rezession zu kämpfen (deutsch-französische Kooperationen, Europäisches Währungssystem 1979). Innenpolitisch schuf der Terrorismus der "Roten Armee Fraktion" (RAF, ab 1972) ein Bedrohungsszenario ("Deutscher Herbst" 1977), außenpolitisch entfernten sich die um die USA und die Sowjetunion gepaarten Blöcke wieder voneinander (KSZE [Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa]-Schlussakte 1975, NATO-Doppelbeschluss 1979). Entscheidend war aber die wirtschaftliche Situation, in der sich die BRD befand, die geprägt war von geringem oder abnehmendem Wirtschaftswachstum, zunehmender Arbeitslosigkeit und Inflation, letztlich vom wirtschaftlichen Strukturwandel der 1970/80er-Jahre. VI. Die Koalitions"wende", d.h. das nunmehrige Bündnis der FDP mit der CDU/CSU führte zum diesmal erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum gegen Kanzler Schmidt und zur Kanzlerschaft Helmut Kohls (1982-1998, CDU). Sowohl positive weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Sinken der Energiepreise usw.) als auch eine (in Grundzügen feststellbare) angebotsorientierte Wirtschaftspolitik begünstigten bei weitgehender Beibehaltung des Sozialstaats ein zunächst nur verhaltenes Wirtschaftswachstum in der BRD, wobei die hohe Arbeitslosigkeit weiterhin bestand. Außenpolitisch gab es zudem kaum Unterschiede zur Vorgängerregierung, erst die politischen Umbrüche im kommunistischen Osteuropa (Sowjetunion, Polen, Ungarn) und insbesondere in der DDR (Massenflucht und Ausreise, friedliche Demonstrationen, Zusammenbruch des wirtschaftlich bankrotten DDR-Regimes 1989) führten zum "Mauerfall" (9. November 1989) und schließlich auf friedliche Weise zur "Wiedervereinigung", d.h. zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (Einführung der Deutschen Mark in der DDR 1. Juli 1990, Einigungsvertrag 31. August 1990, Zwei-Plus-Vier-Vertrag mit den Siegermächten 12. September 1990, Beitritt der DDR 3. Oktober 1990, 1. gesamtdeutsche Bundestagswahl 2. Dezember 1990). Die vergrößerte Bundesrepublik bestand/besteht aus nunmehr 16 Bundesländern (östliche Bundesländer: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), die Parteienlandschaft veränderte sich nicht nur durch den Aufstieg der Grünen in Westdeutschland in den 1980er-Jahren, sondern auch durch die Ausweitung der westdeutschen Parteien nach Ostdeutschland (DDR-Blockflöten-Parteien, "Allianz für Deutschland"; Bündnis 90/Die Grünen, später die Grünen) in der Folge des Einigungsprozesses bei weiterem Bestehen der PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) bzw. der Linken in der Nachfolge der DDR-SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Die "neue" BRD blieb Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO, Berlin löste Bonn als Hauptstadt ab (1991), wirtschaftliche Anpassungsprozesse zwischen "Euphorie und Ernüchterung" sollten das ehemalige DDR-Staatsgebiet an die westdeutschen Standards heranführen, was aber nur unzulänglich gelang ("Abwicklung" der DDR-Wirtschaft [Treuhand], Arbeitslosigkeit, weitere Globalisierung der Weltwirtschaft).

HERBERT, ULRICH (2014), Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Sonderausgabe, München 2017.

Erpenbeck, Jenny, Heimsuchung, Frankfurt a.M. 2007. Eine ostdeutsche Autorin auf Spurensuche! In ihrem Roman "Heimsuchung" schreibt Jenny Erpenbeck – basierend auch auf archivalischen Geschichtsquellen – über ein Haus und Grundstück an einem märkischen See. Die Bewohner*innen des Hauses – u.a. ein jüdischer Textilfabrikant (mit Familie), ein Architekt (mit Frau) oder ein kommunistisches Schriftstellerehepaar – erleben dabei die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts hautnah, ihr Schicksal ist verknüpft mit den vielfältigen historischen Entwicklungen und Brüchen deutscher Geschichte von der Weimarer Republik (1920er-Jahre) bis nach der Wende und Wiedervereinigung Deutschlands (1990er-Jahre). Immer wieder betont die Autorin auch die Einordnung menschlicher Geschichte in erdgeschichtlich-evolutionäre Zusammenhänge, etwa bei der Beschreibung der märkischen Landschaft im geologischen Kontext oder beim Verweis auf die Entwicklung des menschlichen Fötus. Auch Erpenbecks Zitat von "Wandrer's Nachtlid" (1780?) von Johann Wolfgang Goethe (*1749-†1831) ("Warte nur, balde." mit vorgeschaltetem "H-e-i-m") gehört hierher, verband nach landläufiger Interpretation Goethe das Gedicht mit seiner Sichtweise auf die Evolution (im Zeitalter der Aufklärung) (unbelebte Dinge ["Gipfel"], Pflanzen ["Wipfel"], Tiere ["Vögelein"], Mensch ["Warte nur! Balde / Ruhest du auch."]) unter Verweis auf die Endlichkeit auch menschlichen Lebens (als Drohung, Trost oder Hoffnung zugleich).

Erpenbeck verbindet also das Schicksal ihrer Protagonisten mit dem linearen Zeitkonzept von Menschheits- und Erdgeschichte. Sie geht aber auch über das "eigentliche Historische" hinaus, wenn sie die Episoden und Berichte um die menschlichen Protagonisten durch Abschnitte um einen (durchaus geheimnisvollen) Gärtner ergänzt. Der Gärtner ist dabei wie Haus und Grundstück das Verbindende zwischen den Protagonisten; er repräsentiert aber trotzdem eine ganz eigene Welt, die Welt des Wiederholens von Tätigkeiten, wie sie die Pflege eines Grundstücks mit sich bringt. Der Gärtner steht für ein zyklisches, auf Wiederholung beruhendes Zeitverständnis, das wiederum in den astronomischen Gegebenheiten von Tag und Nacht (Drehung der Erde um die Achse) sowie den Jahreszeiten (Umlauf der Erde um die Sonne) seine Grundlage und Spiegelung findet. Die immerwährende Wiederholung rückt den Gärtner in die Nähe des göttlichen Prinzips von (zyklischer) Ewigkeit, der Ewigkeit Gottes, wenn christliche Glaubensvorstellungen vorausgesetzt werden können. Nicht von ungefähr beginnt das Alte Testament der Bibel mit der Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradiesgarten Gottes und steht in den Evangelien des Neuen Testaments der Aufenthalt Jesu Christi im Garten Gethsemane am Anfang von Tod und Auferstehung des Gottessohnes im Rahmen christlicher Heilsgeschichte. Nicht zuletzt stehen Tod und Auferstehung für den Wandel der Jahreszeiten und des Lebens in Herbst/Winter und Frühling.

Es stehen damit in Erpenbecks Roman zwei Zeitkonzepte im Gegen- und Miteinander, die lineare Zeit von Geschichte und menschlicher Erinnerung sowie die zyklische Zeit der Wiederholung in der Natur. Dass diese Konzepte als menschliche Sichtweisen auf Zeit sich nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen, beweist der Roman (beweist im Übrigen auch die mittelalterliche Historiografie, die lineare menschliche Geschichte [Annalen, Chroniken] einschließt in die heilsgeschichtliche Ewigkeit Gottes zwischen Schöpfung und Jüngstem Gericht [z.B. Otto von Freising]). Den zwei miteinander verbundenen (und doch auch getrennten) Zeitkonzepten entspricht dann auch die Dichotomie des Romantitels "Heimsuchung", der einmal das (vehemente) Einwirken linearer, sprich historischer Entwicklungen auf die Protagonisten bedeuten kann ("äußerer Mensch"), zum anderen die Suche des Menschen nach dem ewigen Mythos "Heimat" impliziert ("innerer Mensch"). Das Außen und Innen des Menschen spiegelt sich in den beiden Zeitkonzepten und damit die Existenz des Menschen

in der Geschichte, eines Menschen mit Wünschen und Hoffnungen.

Erpenbeck gelingt insgesamt die historische Einordnung der Protagonisten ihres Romans in eine metaphysische, gleichsam göttliche Ordnung von Zeit. Erpenbecks Roman ist damit – im wahrsten Sinn des Wortes – ein historischer Roman, ohne ihn natürlich mit den massenhaft vorhandenen, üblichen historischen (Trivial-) Romanen der heutigen Zeit vergleichen zu wollen und zu können. Er ist damit im wahrsten Sinne des Wortes „Heimatgeschichte“ jenseits aller Stereotype.

ERPENBECK, JENNY, Heimsuchung (= RUB 14388), Stuttgart 2024; GOETHE, JOHANN WOLFGANG, Gedichte, ausgew. v. STEFAN ZWEIG (= RUB 6782/84), Nachdruck Stuttgart 1972.

www.michael-buhlmann.de / 02.2026